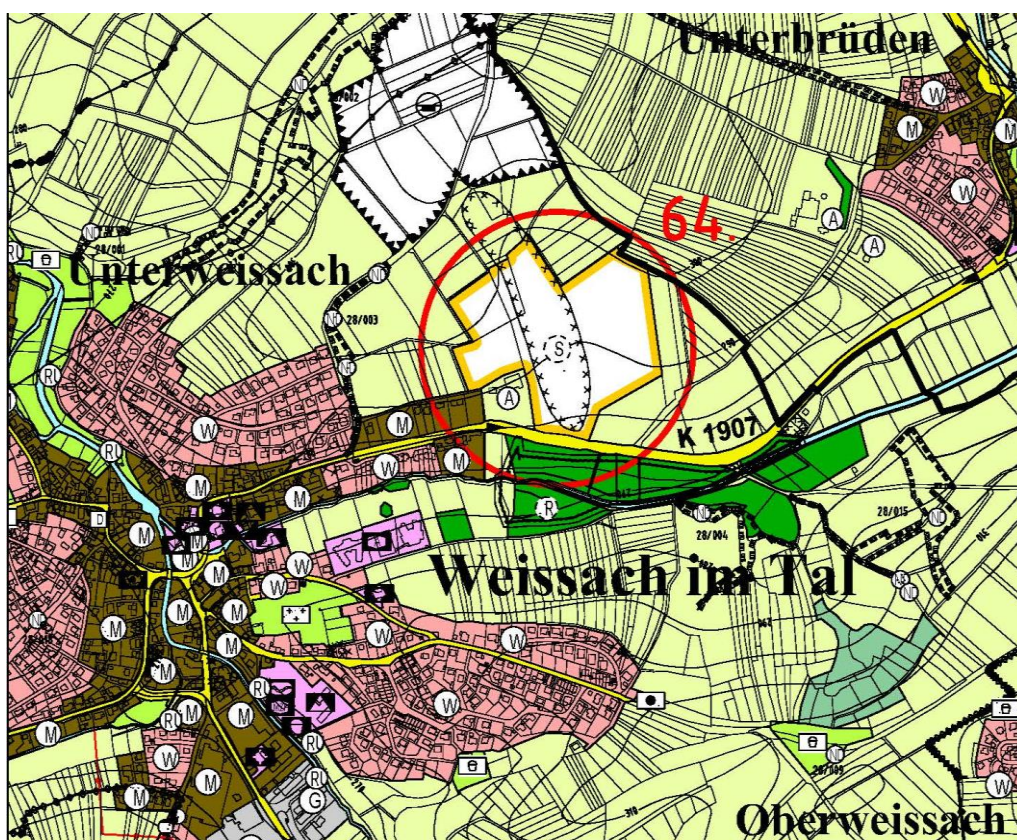


Begründung

zur 64. Änderung des Flächennutzungsplanes
der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang



Weissach im Tal – Ortsteil Unterweissach

Sonderbaufläche Solarpark Pfaffenklinge

1. Anlass und Zweck der Planung

Nach § 1, Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) sollen die Bauleitpläne insbesondere dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern. Die Gemeinde Weissach im Tal plant vor diesem Hintergrund die Aufstellung eines Bebauungsplans „Solarpark Pfaffenklinge“, um auf eigener Gemarkung die Möglichkeit zu schaffen, einen Beitrag zur klimaneutralen Energieerzeugung zu leisten. Ziel ist es, den Betrieb eines Solarparks mit einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf einer Fläche von etwa 9 Hektar zu ermöglichen.

Das Planungsgebiet befindet sich am Ortsausgang von Unterweissach in Richtung Oberbrüden nördlich der Kreisstraße 1907 auf einem nach Süden geneigten, durch landwirtschaftliche Nutzung geprägten Gelände.

Die Fläche des Solarparks übernimmt nicht nur die Funktion der Stromproduktion, sondern bietet auch ein Rückzugsgebiet für diverse Tier- und Pflanzenarten. Mit einer standortgerechten, gebietsheimischen Ansaatmischung kann eine arten- und abwechslungsreiche Wiese unter und zwischen den PV-Modulen entstehen. Diese trägt zur Steigerung der Artenvielfalt bei und erhöht den ökologischen Wert der Fläche.

2. Übergeordnete Planungen

Im rechtskräftigen Regionalplan des Verbands Region Stuttgart ist das Planungsgebiet als Landwirtschaftliche Fläche (Flurbilanzstufe II) ausgewiesen, somit weist dieser Bereich eine gute Wirtschaftsfunktion für die Landwirtschaft auf. Flächen der Flurbilanzstufe II besitzen eine ökonomische Standortgunst und sind grundsätzlich der Landwirtschaft vorbehalten. Aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses wird der Nutzung durch Photovoltaik in diesem Fall jedoch durch die gute Eignung des Standorts (Südexposition) Vorrang gegenüber einer landwirtschaftlichen Produktionsnutzung eingeräumt.

Ein erheblicher Teil des Änderungsbereichs liegt außerdem innerhalb eines Regionalen Grünzugs (VRG, Plansatz 3.1.1, Ziel der Regionalplanung). Diese Gebiete dienen vorrangig dem Freiraumschutz und der Erhaltung und Verbesserung des Freiraums. Lediglich privilegierte Vorhaben der Land- und Forstwirtschaft dürfen hier in Ausnahmefällen errichtet werden. Die Neufassung des Landesplanungsgesetzes sieht in § 11, Abs. 3, Nr. 7 jedoch vor, dass die Regionalen Grünzüge so zu öffnen sind, dass PV-Anlagen dort ermöglicht werden. Das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg legt in § 21 zudem fest, dass 0,2% der Regionsfläche für PV-Anlagen vorzusehen ist.

Durch diese und weitere veränderte rechtliche Rahmenbedingungen für die Zulässigkeit von Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist eine neue regionalplanerische Ausgangssituation für die verstärkte Steuerung der Ausweisung geeigneter Gebiete entstanden. Das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien legt in § 2 fest, dass Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie im überragenden öffentlichen Interesse liegen und ihnen deshalb bei Abwägungsentscheidungen besonderes Gewicht zukommt. Auf dieser Basis ist der § 35 des BauGB um weitere Privilegierungstatbestände für PV-Anlagen erweitert worden: zukünftig sind diese in einem 200 Meter breiten Korridor beiderseits von Autobahnen und zwei- oder mehrgleisigen Hauptbahnstrecken sowie im räumlich-funktionalen Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Hofstellen („Agri-PV“) ohne Bebauungsplan zulässig.

Regionalplanerische Zielsetzung ist es weiterhin, die Standorte für PV-Anlagen zu konzentrieren, um das unkoordinierte Entstehen solcher Anlagen in der dicht besiedelten Region

Stuttgart zu vermeiden. Zur regionalplanerischen Abstimmung, räumlichen Koordination und Festlegung geeigneter Flächen hat der VRS ein Verfahren zur sektoralen Teilfortschreibung des Regionalplans für den Aspekt Freiflächen-Photovoltaik eingeleitet. Die in diesem Rahmen ausgewählten Flächen sollen als Vorbehaltsgebiete für die Errichtung von PV-Anlagen in den Regionalplan aufgenommen werden. Damit werden im Gegensatz zu Vorranggebieten andere Nutzungen nicht ausgeschlossen und die kommunale Bauleitplanung ist nicht anzupassen.

Bei dem Plangebiet handelt es sich zwar nicht um ein solches Vorbehaltsgebiet, jedoch treffen mehrere Ausnahmetatbestände gemäß der Fortschreibung des Regionalplans zur Öffnung von Regionalen Grünzügen zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu. Der östliche Teilbereich liegt in einem Bereich des Regionalen Grünzugs, in dem nach der Teilfortschreibung Photovoltaikanlagen grundsätzlich zulässig sind. Demnach liegt die Fläche weder in Kernflächen oder Kernräumen des Fachplans landesweiter Biotopverbund, im Wald oder in exponierten Lagen mit einer „sehr hoch“ oder „hoch“ bewerteten Landschaftsbildqualität gemäß Landschaftsbildbewertung der Region Stuttgart (vgl. PS. 3.1.1 Abs. 5 des Regionalplans). Der westliche Teilbereich liegt ohnehin nicht im Regionalen Grünzug, weshalb die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen regionalplanerisch grundsätzlich zulässig.

Das Planungsgebiet liegt weder in einem bestehenden, noch in einem geplanten Wasserschutzgebiet. Gesetzlich geschützte Biotope und sonstige Schutzgebietstypen sind auf der Fläche nicht vorhanden. Lediglich parallel zur Brüdener Straße im Süden verläuft das Offenlandbiotop „Straßenhecken an der K 1907 E Unterweissach“ unmittelbar entlang der Grenze des Geltungsbereichs. Die angrenzende Gemarkung der Gemeinde Auenwald ist als Naturpark „Schwäbisch-Fränkischer Wald“ ausgewiesen.

Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang ist der Änderungsbereich als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Zu beachten ist eine im FNP vermerkte altlastenverdächtige Fläche im Bereich der alten Pfaffenklinge, die sich etwa mittig von Nord nach Süd quer durch den Geltungsbereich zieht. Die ehemalige Klinge wurde zwischen 1964 und 1980 in erster Linie mit Erdaushub, aber auch mit Bauschutt und untergeordnet mit Hausmüll verfüllt. Es ist von einem Ablagerungsvolumen in der Größenordnung von ca. 50.000 m³ auszugehen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Deponiegase gebildet haben, worauf bei zukünftigen Eingriffen in den Boden vor allem in Tiefen über 1,5 m zu achten ist. Dieser Bereich ist als Altablagerung bekannt und wurde Ende der 1990-er Jahre erkundet. Die Berichte liegen dem Landratsamt Rems-Murr-Kreis vor und zeigen keine grundsätzliche Einschränkung für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Allerdings ist die Einstufung in den Handlungsbedarf „B-Belassen“ im Rahmen einer Nutzungsänderung zu überprüfen. Im südlichen Bereich dieser Fläche ist zudem eine Fläche für Ausgleichsmaßnahmen dargestellt. Die geplante Ausweisung einer Sonderbaufläche nach § 1, Abs. 1 BauNVO ist somit nicht gemäß § 8, Abs. 2 BauGB aus dem FNP entwickelt. Es ist ein Änderungsverfahren erforderlich.

Im Hinblick auf das laufende Fortschreibungsverfahren des Regionalplans hat die vVG Backnang auf Basis der Privilegierungstatbestände und landschafts- bzw. umweltschutzspezifischer Restriktionen ebenfalls bereits eine flächendeckende Grobüberprüfung möglicherweise geeigneter Flächen vorgenommen. Diese weist den geplanten Standort als grundsätzlich geeignet aus.

3. Städtebauliche und landschaftliche Konzeption

Der Änderungsbereich schließt im Westen unmittelbar an den Siedlungskörper von Unterweissach an, im Nordwesten grenzt das Plangebiet an die Gemarkung der Gemeinde Auenwald. Die Fläche wird von mehreren Feldwegen gerahmt.

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Straße „In den Hutzelgärten“ und die bestehenden Feldwege, die übergeordnet an die Brüdener Straße (K1907) und den Siedlungskörper von Unterweissach angebunden sind.

Im geplanten Sondergebiet soll ausschließlich die Errichtung von Photovoltaikanlagen sowie den für deren Betrieb notwendigen Nebenanlagen wie z.B. Technikgebäude zulässig sein. Zur planungsrechtlichen Steuerung der Anlagen werden im Entwurf des Bebauungsplans die überbaubare Fläche sowie die maximale Anlagenhöhe festgesetzt. Zudem wird geregelt, dass die Flächen nach einem möglichen Rückbau der PV-Anlage wieder ihrer ursprünglichen Nutzung als Flächen für die Landwirtschaft zuzuführen sind.

Um das Landschaftsbild, das geregelte Versickern und Abführen des Niederschlagswassers sowie die Förderung der Biodiversität und des Biotopverbunds zu gewährleisten, sind grünordnerische Maßnahmen vorgesehen. Unter anderem wird unter und zwischen den einzelnen Modulreihen sowie der privaten Grünfläche die Entwicklung einer gebietsheimischen, artenreichen Wiese vorgesehen, die als zusätzliche Nahrungsgrundlage für Insekten und damit letztlich auch für Vogelarten im Umfeld des Naturschutzgebiets dient. Auch eine Heckenpflanzung nördlich und südlich der Anlage dient neben der landschaftlichen Eingrünung der Stärkung des Biotopverbunds und der Erweiterung von Biotopstrukturen, die im Naturschutzgebiet bereits vorhanden sind.

Etwa im Verlauf der Altlastenverdachtsfläche (vgl. Punkt 2) sieht das Konzept eine private Grünfläche vor, deren Zweckbestimmung einerseits das Sammeln, Rückhalten und Abführen des Niederschlagswassers in der offenen Landschaft, sowie andererseits die Aufrechterhaltung von Biotopverbundfunktionen ist. Bauliche Anlagen sind im Bereich dieser Grünfläche nicht zulässig.

Aufgrund der Lage sowie des Zuschnitts des Plangebiets ist eine gute Eignung für die Landwirtschaft zu attestieren. Der Änderungsbereich liegt vollständig in der Vorbehaltsflur I der digitalen Flurbilanz und weist auf Grund seiner Lage sowie seines Zuschnitts eine gute Eignung für die Landwirtschaft auf. Bei der Vorbehaltsflur I handelt es sich um landbauwürdige Flächen, die der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind. Die Flächen werden vom Eigentümer derzeit nicht mehr landwirtschaftlich genutzt. Mit der vorgesehenen PV-Anlage könnte somit eine sinnvolle Weiternutzung erfolgen, die eine weitere landwirtschaftliche Nutzung nicht vollständig ausschließt, sondern im eingeschränkten Umfang weiter zulässt. Aus diesem Grund sind im Entwurf des Bebauungsplans landwirtschaftliche Nutzungen ebenfalls zulässig. Möglich und vorgesehen ist eine extensive Wiesen- oder Weidenutzung unter und zwischen den Solarmodulen. Das BauGB schreibt in § 1a Abs. 2 vor, zu begründen, wenn es notwendig werden sollte, landwirtschaftliche Flächen in Anspruch zu nehmen. Dabei ist auch das allgemeine gesellschaftliche Ziel zu berücksichtigen, in absehbarer Zeit klimaneutrale Energie erzeugen und verwenden zu können.

4. Umweltprüfung

Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist in Bauleitplänen für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt sowie in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Dieser Arbeitsschritt wird im Rahmen des parallel laufenden Bebauungsplanverfahrens von einem Fachbüro durchgeführt.

Auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung werden zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB die zentralen Erkenntnisse zum aktuellen Verfahrensstand in der Begründung als separater Umweltbericht dokumentiert.

Nachfolgend sind die Ergebnisse aus den bereits erfolgten Untersuchungen der Schutzgüter sowie zum Artenschutz wiedergegeben.

Die geplante Maßnahme führt zu Eingriffen in Natur und Landschaft. Hierbei handelt es sich um die Überbauung bzw. Veränderung von landwirtschaftlich genutzten Flächen, einhergehend mit Eingriffen in die Schutzgüter Boden, Pflanzen und Tiere, Wasser, Klima und Luft, Landschaftsbild und Erholung sowie Fläche. Die Veränderungen treten dabei insbesondere durch die Neuversiegelung von bisher 0 % auf maximal 0,5 % und dem damit verbundenen geringen Verlust natürlich gelagerter Böden auf. Die bisher intensiv bewirtschafteten Flächen werden im Zuge der Umsetzung des Vorhabens extensiviert.

Die bereits durchgeführte Eingriffs-/Ausgleichsbilanz für die Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere weist einen Gewinn von 425.589 Ökopunkten auf. Externe Ausgleichsmaßnahmen sind somit nicht erforderlich.

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben wurde am 23.02.2022 eine ökologische Übersichtsbegehung des Gebiets durchgeführt. Diese hatte zum Ziel, eine Einschätzung von Habitatpotenzialen und möglichen artenschutzrechtlichen Konflikten mit dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) durch das geplante Vorhaben zu erhalten. Außerdem diene sie zur Festlegung des Umfangs eventuell notwendiger, weiterer artenschutzrechtlicher Untersuchungen.

Auf Grund der Übersichtsbegehung wurde ersichtlich dass weiterer Untersuchungsbedarf für die Artengruppen Vögel und Reptilien erforderlich ist. So wurden insgesamt fünf weitere Begehungen zwischen März und Juli 2022 durchgeführt.

Artengruppe Vögel:

Es wurden insgesamt 14 Vogelarten beobachtet, von denen 4 Arten als Brutvögel eingestuft wurden. Diese brüteten, abgesehen von der Feldlerche, außerhalb des Plangebiets in den umliegenden Gehölzstrukturen. Am nordwestlichen Plangebietsaußenrand wurde ein Feldlerchenpaar beobachtet. Das Revierzentrum befindet sich nordöstlich des Plangebiets. Um die Verschiebung des Feldlerchenreviers und somit des einen Brutpaares zu kompensieren, wird die CEF-Maßnahme „Buntbrache und Feldlerchenfenster im Gewann Rötelsäcker“ welche im Zuge des Bebauungsplanverfahren „Wanne“ erarbeitet wurde, herangezogen. Mit dieser kann sichergestellt werden dass ein Ausgleich erfolgt.

Artengruppe Reptilien:

Hinsichtlich der Artengruppe Reptilien weist das Plangebiet mit den südexponierten Wiesenflächen und den Gehölzstrukturen im nahen Umfeld potenzielle Habitatstrukturen auf. Es konnten jedoch keine Individuen beobachtet werden. Ein Vorkommen von Reptilien im Untersuchungsgebiet lässt sich folglich ausschließen.

Artengruppe Schmetterlinge:

Für die Artengruppe Schmetterlinge sind geeignete Habitatstrukturen entlang des Entwässerungsgrabens gegeben. Während der Reptilienuntersuchungen wurde gleichzeitig auf das Vorkommen von streng geschützten Schmetterlingsarten und ihrer Futterpflanzen geachtet. Die geeigneten Habitatstrukturen waren während der Begehungen gemäht. Es konnten keine Individuen festgestellt werden. Ein Vorkommen von streng geschützten Schmetterlingen im Untersuchungsgebiet lässt sich folglich ausschließen.

5. Bauleitplanung

Parallel zur vorbereiteten Bauleitplanung (FNP) wird von der Gemeinde Weissach im Tal ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt. Der Aufstellungsbeschluss wurde vom Gemeinderat am 05.10.2023 gefasst, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange ist abgeschlossen.

Backnang, 08.08.2024/27.03.2025
Stadtplanungsamt